EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

STAND PUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

November 2026

Fair zur Ehe. Stark für Familien. Ja zur Fairness-Initiative am 29. November 2026

WO DIE NEUTRALITÄT IM KOPF WANKT

Carl Spitteler, die Neutralität und die Lehre für heute.

Seiten 4 und 5

GEFÄHRLICHES EU-VERTRAGSWERK

Widerstand gegen die «dynamische Rechtsübernahme».

Seiten 10 und 11

KANTON ZÜRICH

- Schluss mit Impfobligatorien
- Bettelverbot soll bleiben
- Dübendorf verteidigt Parkplätze

KANTONALTEIL

Wort des Monats

«DER EINE FRAGT: WAS KOMMT DANACH? DER ANDRE FRAGT NUR: IST ES RECHT? UND ALSO UNTERSCHEIDET SICH DER FREIE VON DEM KNECHT.»

Theodor Storm (1817–1888), deutscher Jurist, Dichter und Novellist

Eidg. Volksabstimmungen vom 29. November 2026

Parolen der EDU Schweiz

Nein	**zum Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer**
Nein	**zur Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»**
Ja	**zur Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»**
Ja	**zur Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)**

Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werteorientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher darüber informieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können? EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

Der unverbindliche Zeitgeist

Liebe Leserinnen und Leser

Haben Sie auch schon erlebt, dass es schwierig geworden ist, eine verbindliche Zusage für eine Arbeit, einen Anlass oder eine Einladung zu erhalten? Im Zeitalter des Handys kann man sich kurzfristig an- oder abmelden – oder noch rasch nachfragen, ob ein Anlass überhaupt stattfindet.

Dieser unverbindliche Zeitgeist macht auch vor verbindlichen Beziehungen nicht halt. Gemäss einer eingereichten parlamentarischen Initiative soll neben dem Konkubinat ein «PACS für die Schweiz» eingeführt werden. Diesen «Pacte civil de solidarité» gibt es seit vielen Jahren in Frankreich sowie in den Kantonen Genf und Neuenburg. Wer eine solche PACS-Verbindung auflösen möchte, soll dies einseitig nach einer Frist von 30 Tagen tun können. Für mich steht demgegenüber die Ehe im Grundsatz für eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft, die geschützt und bewahrt werden soll.

Ein grosser Trost ist für mich die Stelle in Matthäus 24,38–39. Dort wird deutlich, dass Menschen auch in der Zeit vor der Wiederkunft Jesu heiraten werden:

«Damals vor der grossen Flut assen, tranken und heirateten die Menschen, wie sie es immer taten. So ging es, bis Noah in die Arche stieg. Die Leute merkten nichts von dem Unheil, das ihnen bevorstand, bis die Flut sie alle mit sich riss. So wird es auch beim Kommen des Menschensohnes sein.»

Lassen wir uns also nicht vom unverbindlichen Zeitgeist prägen. Suchen wir vielmehr im Wort Gottes nach Orientierung, nach seiner Botschaft und nach Gottes ewigen Zusagen.

Segensreiche Grüsse

Bruno Zürcher, Vizepräsident EDU Schweiz

Aktueller Podcast:

Ex-Prostituierte packt aus: So läuft es im Bordell wirklich. www.youtube.com/@EDU_Schweiz

Wo die Neutralität im Kopf wankt, wankt das Land

Carl Spitteler, die Neutralität und die Lehre für heute.

Markus Reichenbach, Ingenieur HTL FH, Dozent University of the Nations

Zürich, 14. Dezember 1914. Draussen ist es kalt, drinnen ist es still. Fünf Monate zuvor hat Europa zu brennen begonnen. Deutschland marschiert, Frankreich antwortet, Österreich-Ungarn kämpft mit. Und mitten in diesem brennenden Kontinent liegt ein kleines Land, das nicht weiss, wohin es gehört.

Die Schweiz ist zerrissen, und zwar nicht nur an den Grenzen, sondern im Kopf. Die Deutschschweizer jubeln den deutschen Siegen zu, die Romands zittern mit Frankreich. In Zeitungen, Wirtshäusern und Familien wird gestritten, als wäre die Schweiz selbst im Krieg. Der Graben zwischen den Landesteilen ist so tief wie nie.

An diesem Abend steht in Zürich ein Dichter vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Carl Spitteler, der Mann der Worte, der sich sein Leben lang aus der Tagespolitik herausgehalten hat. Heute hält er sich nicht heraus. Er spricht. Und er findet Worte, die wie Schläge treffen. Wir sind nicht dazu da, um zu allem, was draussen geschieht, Beifall zu klatschen oder den Kopf zu schütteln. Wir haben unsere eigenen Massstäbe und unsere eigene Ehre.

Im Saal wird es still. Spitteler wirft den Schweizern vor, sich gedanklich von den Kriegsparteien vereinnahmen zu lassen – die Deutschschweizer von Deutschland, die Romands von Frankreich. Er fordert die Eidgenossen auf, sich von fremden Einflüssen freizumachen und keine parteiischen Bündnisse im Kopf einzugehen. Er verlangt den «Schweizer Standpunkt»: neutral, sachlich, unabhängig, egal wie gross der Druck von aussen und wie tief die Spaltung im Inneren ist. Er nennt es traurig, wenn ein Volk, im grossen Weltenbrand wie ein Rudel Parteigänger hinter fremden Fahnen herläuft, statt stolz auf der eigenen Schwelle zu stehen.

Nicht einschüchtern lassen

Für Spitteler ist echte Neutralität mehr als militärisches Stillschweigen. Sie ist charakterliche Unabhängigkeit: Man darf sich vom Lärm und Druck der Grossmächte nicht einschüchtern lassen. Er fordert die Bürger auf, aufzuhören, die Kriegsparteien leidenschaftlich zu beurteilen. Die Schweiz soll sich auf ihren eigenen Standpunkt stellen.

Die Rede schlägt ein wie eine Bombe. Sie trifft mitten ins Nervensystem der Nation. Manche sind empört und sprechen von Verrat. Langfristig aber wirkt die Rede wie ein heilsamer Schock. Sie dämpft die extreme psychologische Spaltung und erinnert die Eidgenossenschaft daran, dass Neutralität im Kopf beginnt. Vielen Bürgern, die unter dem Druck der kriegführenden Nachbarn leiden, gibt sie moralischen Halt. Sie gilt bis heute als Meilenstein der geistigen Landesverteidigung und als literarisches Manifest für eine unabhängige, eigenständige Schweizer Neutralität.

Spitteler zeigt mit diesem Auftritt bürgerlichen Mut. Der Dichter, der sich zeitlebens eher aus der Tagespolitik heraushielt, wird nur fünf Jahre später, 1919, als erster Schweizer überhaupt mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet, auch als Anerkennung für diesen moralischen Appell.

Das Schwert hinter dem Wort

Doch Worte allein halten keine Armeen auf. Während Spitteler die geistige Neutralität predigt, sorgt ein anderer Mann dafür, dass sie bewaffnet ist: General Ulrich Wille, Oberbefehlshaber der Schweizer Armee. Er gab Tagesbefehle an die Truppe – unmissverständlich und deutlich. Die Schweiz werde ihre Neutralität mit allen Mitteln und bis zur äussersten Konsequenz bewaffnet verteidigen, völlig unabhängig davon, welche Grossmacht die Landesgrenzen verletzen würde. Von den Soldaten fordert er unbedingte Disziplin, Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit, um den Respekt der kriegführenden Nachbarn zu erzwingen: Deutschlands, Frankreichs und Österreich-Ungarns.

Auch an der Heimatfront wird die Neutralität gesichert. Professor Dr. Ernst Laur, Agrarwissenschaftler, mächtiger Lobbyist und langjähriger Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, spielt im Ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle. Er hat unermüdlich für die Schweizer Neutralität geworben und die Landesversorgung entscheidend mitgeprägt.

Die Konsequenzen

Die Schweiz bleibt vom Ersten Weltkrieg physisch verschont. Die Armee schützt die Grenzen erfolgreich vor Übergriffen. Während rundherum ganze Landstriche verwüstet werden, bleiben Schweizer Dörfer, Städte und Felder unversehrt.

Völlig reibungslos verläuft diese Zeit allerdings nicht. General Wille gilt als stark deutschfreundlich, was in der Westschweiz zu Misstrauen führt. Viele Romands werfen ihm vor, die Neutralität zugunsten des Deutschen Kaiserreichs zu verletzen. Der Röstigraben ist real und schmerzhaft. Gerade deshalb war Spittelers Mahnung so wichtig. Weil die Schweiz neutral ist, kann sie als Schutzmacht für Kriegsgefangene dienen. Sie erleichtert den Post- und Nachrichtenaustausch zwischen den Fronten und leistet humanitäre Hilfe, etwa durch die Aufnahme verwundeter Soldaten. Keine Seite hätte dieser Aufgabe vertraut, wenn die Schweiz selbst Partei gewesen wäre.

Das ist die Lehre: Die Neutralität hat die Schweiz vor dem Krieg bewahrt und ihr gleichzeitig eine Rolle gegeben, die sonst niemand hätte spielen können: die des Vermittlers, des Helfers, des Vertrauten beider Seiten. Nicht alle Historiker beurteilen dies gleich. Dennoch wäre es ebenso falsch, den bedeutenden Beitrag der Neutralität zur Sicherheit und Stellung der Schweiz während des Ersten Weltkriegs zu ignorieren.

Und heute

Gut hundert Jahre später steht die Schweiz wieder vor derselben Frage. Wieder tobt ein Krieg in Europa, wieder steht die Schweiz unter dem Druck der Grossmächte, wieder verlangt die Welt, dass man Partei ergreift. Und wieder gibt es zwei Lager im Land.

Am 27. September 2026 stimmte das Schweizervolk darüber ab. Die Neutralitätsinitiative wollte die immerwährende, bewaffnete Neutralität in der Verfassung festschreiben und verhindern, dass die Schweiz Sanktionen gegen Kriegsparteien verhängt. Dass der Bundesrat die EU-Sanktionen gegen Russland weitgehend übernommen hat, war den Initianten ein Dorn im Auge. Die Schweiz lehnte die Initiative klar ab, mit rund 71 % Nein-Stimmen.

Wer Spitteler ernst nimmt, muss darin ein Warnsignal sehen. Er hatte gewarnt vor einem Volk, das «wie ein Rudel Parteigänger hinter fremden Fahnen herläuft, statt stolz auf der eigenen Schwelle zu stehen». Wer heute Sanktionen anderer Blöcke übernimmt, ohne dass ein Mandat der UNO vorliegt, geht genau diesen Weg. Er stellt sich auf eine Seite, und wer auf einer Seite steht, kann nicht mehr Schutzmacht, Vermittler und Vertrauter beider Seiten sein. Die Rolle, die der Schweiz im Ersten Weltkrieg Ansehen und Sicherheit gab, geht verloren, wenn die Neutralität nur noch ein Wort ohne Inhalt ist.

Die Schweizer von 1914 mussten lernen, dass Neutralität im Kopf beginnt. Die Schweizer von 2026 Die Schweizer von 2026 müssen es erneut lernen: keine Parteinahme, keine Sanktionen ohne UNO-Mandat, der eigene Standpunkt statt fremder Fahnen.

Die Abstimmung ist verloren, die Frage nicht. Nach dem Volksentscheid vom 27. September geht es darum, die Neutralität auf anderem Weg im Bewusstsein des Landes zu verankern. Denn wie Spitteler wusste: Sie lässt sich nicht per Verfassungsartikel verordnen, sie muss gelebt werden. ●

Nein zum extremen Feuerwerksverbot

Am 29. November entscheiden Volk und Stände über die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk». Sie verlangt ein Verbot, das weit über das Ziel hinausschiesst. Die EDU Schweiz sagt Nein – aus Überzeugung für Freiheit mit Verantwortung.

Die Initiative will den Verkauf und die Verwendung sämtlicher Feuerwerkskörper, «die Lärm erzeugen», in der Bundesverfassung verbieten. Welche Produkte genau darunterfallen, lässt der Text offen. Klar ist: Für Private bedeutet die Vorlage das weitgehende Aus für klassisches Feuerwerk. Ausnahmen soll es nur für Anlässe «von überregionaler Bedeutung» geben, und auch dann nur auf Gesuch hin mit kantonaler Bewilligung.

Ein Stück gelebte Schweiz

Wenn Kinder, Eltern und Grosseltern am Nationalfeiertag gemeinsam in den Himmel schauen, entstehen Erinnerungen fürs Leben. Feuerwerk gehört seit Generationen zu unseren Festen: zum 1. August, zum Jahreswechsel, zu Hochzeiten, Jubiläen und lokalen Bräuchen. Es bringt Familien, Freunde und ganze Dörfer zusammen. Diese gewachsene Feierkultur wollen wir an kommende Generationen weitergeben – nicht verbieten.

Gerade die kleinen Feste wären die Verlierer. Das Dorffest, das Vereinsjubiläum oder die Feier im Familienkreis kämen für eine Ausnahmebewilligung kaum infrage. Doch ob ein Fest Menschen verbindet, entscheidet nicht seine Grösse.

Bestehende Regeln genügen

Niemand bestreitet, dass Feuerwerk Mensch, Tier und Umwelt belasten kann. Doch diese Belastung beschränkt sich auf wenige Tage im Jahr. Zudem ist der Gebrauch schon heute mit Altersgrenzen und Bewilligungspflichten streng geregelt. Kantone und Gemeinden können Feuerwerk zeitlich und örtlich einschränken oder ganz verbieten – und sie tun es auch, wie die Absagen bei Trockenheit in diesem Sommer gezeigt haben. Die Gemeinden wissen am besten, wo Rücksicht geboten ist: bei Tierhaltungen, Altersheimen oder Spitälern.

EDU-Nationalrat Erich Vontobel brachte es in der Ratsdebatte auf den Punkt: Statt neuer Verbote auf Verfassungsstufe gilt es, das heute Mögliche konsequent umzusetzen – mit klaren Zeitfenstern am 1. August und an Silvester, einer restriktiven Praxis an den übrigen Tagen und entschlossenem Vorgehen gegen Missbrauch und Dauerknallerei. Mit der Initiative werde «das Kind mit dem Bade ausgeschüttet».

Freiheit statt Bevormundung

Als EDU wollen wir die Schöpfung bewahren – aber ohne reflexartige Verbote und ohne überbordende Regulierung. Ein nationales Feuerwerksverbot schreibt der Bevölkerung vor, wie sie feiern darf, und ersetzt Eigenverantwortung und gegenseitige Rücksichtnahme durch Bevormundung. Wir trauen den Menschen mehr zu.

Gewerbe und Sicherheit

Hinter jedem Feuerwerk stehen Menschen: Fachhändler, Feuerwerker, Importeure und Veranstalter. Ein weitgehendes Verbot würde ihnen die Geschäftsgrundlage entziehen und über Jahrzehnte aufgebautes Fachwissen gefährden. Zudem warnt der Bundesrat: Werden Feuerwerkskörper vermehrt im Ausland gekauft, gelangen Produkte ins Land, die den strengen Schweizer Vorschriften nicht genügen. Mehr Sicherheit sieht anders aus.

Deutliches Nein von Bundesrat und Parlament

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative klar ab – der Nationalrat mit 131 zu 50, der Ständerat mit 40 zu 3 Stimmen. Die EDU schliesst sich an: Löschen wir nicht das Feuer, das Freude bringt. Darum am 29. November Nein zum Feuerwerksverbot. ●

Redaktion «Standpunkt»

Fair zur Ehe. Stark für Familien. Ja zur Fairness-Initiative!

Am 29. November 2026 geht es nicht mehr darum, ob die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren beseitigt wird. Das ist entschieden. Es geht darum, wie der Staat Ehe und Familie künftig behandelt.

Pirmin Müller, Generalsekretär EDU Schweiz

Mit der bereits beschlossenen Individualbesteuerung werden Ehepartner steuerlich getrennt betrachtet. Die Fairness-Initiative setzt bei der direkten Bundessteuer einen anderen Akzent: Ehepaare sollen gemeinsam besteuert und gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden.

Ehe und Familie im Zentrum

Für die EDU ist das der richtige Weg. Denn die Ehe ist für uns nicht einfach ein Zusammenschluss zweier einzelner Steuerpflichtiger. In der Ehe versprechen sich Mann und Frau Treue und Verlässlichkeit. Aus dieser Verbindung wächst Familie. Hier entsteht Geborgenheit, hier übernehmen Menschen Verantwortung füreinander und hier werden Werte an die nächste Generation weitergegeben.

Wer Kinder grosszieht, investiert Zeit, Kraft und Geld. Eltern verzichten teilweise auf Einkommen und Karrierechancen und übernehmen Verantwortung, von der die ganze Gesellschaft profitiert. Diese Leistung verdient Anerkennung und gute Rahmenbedingungen.

Familien sollen selbst entscheiden

Ein Steuersystem ist nicht neutral, wenn es bestimmte Aufteilungen von Erwerbs- und Familienarbeit stärker belohnt als andere. Das Steuerrecht soll Familien deshalb nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben organisieren. Ob beide Ehepartner voll arbeiten, ein Elternteil das Pensum reduziert oder sich die Aufteilung im Laufe des Lebens verändert, soll Sache der Familie bleiben.

Unsere Kampagne

Darum beschränkt sich die EDU nicht darauf, die Fairness-Initiative einfach mitzutragen. Wir wollen **sichtbar für unsere Werte einstehen.** Unter dem Motto **«Fair zur Ehe. Stark für Familien.»** lancieren wir eine eigene Kampagne mit Plakaten, digitalen Sujets und persönlichen Testimonials.

Und dabei können auch Sie mitmachen. Auf unserer Kampagnenseite finden Sie die Sujets und

können mit wenigen Schritten Ihr eigenes Testimonial erstellen. Teilen Sie die Kampagne in den sozialen Medien, leiten Sie sie in Ihrem Umfeld weiter oder sprechen Sie mit Freunden und Bekannten über die Abstimmung.

Wenn uns Ehe und Familie wichtig sind, dürfen wir das auch zeigen. Genau dazu lädt unsere Kampagne ein. ●

Mehr erfahren und mitmachen: www.edu-schweiz.ch/fairness-initiative

Am 29. November: Ja zur Fairness-Initiative. Fair zur Ehe. Stark für Familien.

Ja zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

Am 29. November entscheidet das Stimmvolk über eine Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes (KMG). Es geht um unsere Verteidigungsfähigkeit, um Arbeitsplätze und darum, ob die Schweiz ein verlässlicher Partner bleibt.

Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

2021 beschloss das Parlament strengere Exportregeln, die 2022 in Kraft traten. Was gut gemeint war, erwies sich teilweise als Eigentor. Deutschland wollte 2022 rund 12'400 Schuss Schweizer Gepard-Munition an die Ukraine weitergeben. Der Bundesrat sagte Nein. Auch Dänemark durfte 22 Schweizer Radschützenpanzer nicht weitergeben. Bei beiden Entscheiden spielte auch das Neutralitätsrecht eine Rolle – daran ändert die Revision nichts. Deutschland baute daraufhin eine eigene Produktion für Gepard-Munition auf. Schweizer Firmen riskieren damit Kunden und Aufträge.

Verteidigung braucht eine eigene Industrie

Kriege werden nicht am ersten Tag entschieden, sondern über die Durchhaltefähigkeit: Munition, Ersatzteile, Unterhalt. Ein Panzer ohne Ersatzteile bleibt stehen, ein Geschütz ohne Munition ist Altmetall. Auch der Bundesrat betont: Eine durchhaltefähige Armee braucht eine leistungsfähige Industriebasis im eigenen Land.

Doch von den Aufträgen unserer Armee allein können viele Betriebe nicht leben. Auch die 32 neuen Radhaubitzen mit Trägerfahrzeugen der Firma GDELS-Mowag aus Kreuzlingen lasten keine ganze Branche aus. Wir investieren Milliarden in unsere Armee. Es wäre fahrlässig, gleichzeitig die Industrie zu schwächen, die sie im Ernstfall versorgen soll.

Arbeitsplätze, Lehrstellen und Know-how

Hinter der Branche stehen Systemhersteller, zahlreiche Komponentenhersteller und Tausende Zulieferbetriebe – grösstenteils KMU, von der Präzisionsmechanik bis zur Elektronik. Wandern sie ab, gehen hochqualifizierte Arbeitsplätze, Lehrstellen und wertvolles Wissen verloren. Die Solothurner Munitionsfirma Saltech hat bereits angekündigt, die Produktion von 12,7-mm-Patronen wegen der strengen Schweizer Exportbestimmungen nach Ungarn zu verlagern. Dieses Know-how dürfen wir nicht leichtfertig verlieren.

Wer im Ernstfall nicht liefern kann oder darf, wird zum unsicheren Partner. Die Revision erleichtert deshalb Exporte in 36 Partnerstaaten, auch wenn diese an einem Krieg beteiligt sind – sofern das Neutralitätsrecht und die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz dies zulassen. Bei neuen Lieferungen wird auch die spätere Weitergabe von Schweizer Waffen erleichtert. Bereits bestehende Verpflichtungen bleiben gültig. Das schafft Planungssicherheit für Kunden und Hersteller.

Kontrollen bleiben – Regeln werden praktikabler

Von einem «Freipass» kann keine Rede sein. Jeder Kriegsmaterialexport bleibt bewilligungspflichtig und wird einzeln geprüft. Die Schweiz muss ihre internationalen Verpflichtungen und die Pflichten ihrer Neutralität weiterhin einhalten. In ausserordentlichen Situationen erhält der Bundesrat allerdings mehr Spielraum. Besteht ein hohes Risiko, dass Waffen an problematische Empfänger gelangen, muss eine Verpflichtung gegen die Weitergabe verlangt oder der Export abgelehnt werden.

Die EDU befürwortet in ihrem Grundlagenpapier ausdrücklich eine eigene Rüstungsindustrie mit geregelten Exportmöglichkeiten. Für Waffenimporte und -exporte sollen die gleichen ethischen Massstäbe gelten. Wer von anderen Ländern Waffen für die eigene Verteidigung erwartet, sollte auch bereit sein, deren legitime Selbstverteidigung zu unterstützen.

Darum Ja

Der Schutz der Bevölkerung gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Dafür braucht es eine einsatzfähige Armee und eine Industrie, die sie versorgt. Die Revision korrigiert Fehlentwicklungen, ohne die rechtlichen Schranken abzuschaffen. Darum: Ja zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ●

AHV-Zusatzfinanzierung: Hände weg von der Mehrwertsteuer!

Die 13. AHV-Rente kommt – daran ändert die Abstimmung vom 29. November nichts. Zur Debatte steht einzig, ob Bundesbern die Bevölkerung dafür unbefristet über höhere Preise zur Kasse bitten darf. Die Vorlage verteuert den Alltag von Familien, Erwerbstätigen und Rentnern und löst das Finanzierungsproblem der AHV trotzdem nicht.

Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Im Dezember 2026 wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Das hat das Volk so entschieden, und das gilt. Abgestimmt wird nun über etwas anderes: Der Normalsatz der Mehrwertsteuer soll ab frühestens 2028 von 8,1 auf 8,5 % steigen, der Sondersatz für die Hotellerie von 3,8 auf 4 %. Nicht als befristete Überbrückung, sondern als Dauersteuer. Wer Nein stimmt, stimmt also nicht gegen die Rente, sondern gegen eine neue Belastung ohne Ablaufdatum.

Eine Steuer auf den Alltag

Die Mehrwertsteuer fällt fast bei jedem Einkauf an: bei Kleidern, Reparaturen, Mobilität, Kommunikation oder im Restaurant. Die Steuerverwaltung rechnet mit durchschnittlich 180 Franken Mehrbelastung pro Haushalt und Jahr. Diese Schätzung beruht allerdings auf Konsumdaten von 2018/19 – sogar das Bundesamt für Sozialversicherungen räumt ein, dass die effektive Belastung höher ausfallen dürfte. Und das zu einer Zeit, in der Krankenkassenprämien und Mieten die Budgets ohnehin strapazieren.

Am stärksten spüren das Familien: Wer Kinder grosszieht, konsumiert mehr und hat weniger Spielraum zum Sparen. Gleichzeitig zahlen auch Rentnerinnen und Rentner einen Teil ihrer 13. Rente über höhere Preise gleich wieder zurück. Gezielte Hilfe für Menschen mit knappen Mitteln sieht anders aus.

Die Rechnung geht trotzdem nicht auf

Die Steuererhöhung soll ab 2029 rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr einbringen. Die 13. AHV-Rente kostet aber bereits heute über vier Milliarden und ab 2035 über fünf Milliarden Franken jährlich. Selbst mit der höheren Mehrwertsteuer rechnet der Bund 2035 mit einem AHV-Defizit von rund drei Milliarden Franken. Die Vorlage deckt nicht einmal die Hälfte der Kosten. Eine umfassende AHV-Reform ist ohnehin nötig; der Bundesrat will sie im Frühjahr 2027 vorlegen. Erst eine Dauersteuer zu beschliessen und die eigentliche Reform auf später zu verschieben, ist der falsche Weg.

Der Bund gibt jährlich über 90 Milliarden Franken aus – Tendenz steigend: Bis 2030 sollen es über 104 Milliarden sein. Allein für das Asylwesen fliessen mindestens vier Milliarden ab, für die Entwicklungshilfe drei Milliarden, für das Bundespersonal 6,6 Milliarden. Der Bund selbst will mit dem Entlastungspaket 27 im ersten Jahr rund 1,4 Milliarden Franken einsparen – genau so viel, wie die neue Steuer einbringen soll. Das zeigt: Es fehlt nicht am Geld, sondern an den Prioritäten.

Treu mit anvertrauten Mitteln umzugehen, ist eine Tugend, die wir von jedem Familienhaushalt erwarten. Sie muss auch für den Staat gelten. Bevor Bundesbern der Bevölkerung noch tiefer ins Portemonnaie greift, soll es im eigenen Haushalt aufräumen.

Keine Steuerspirale

Die Mehrwertsteuer wurde seit ihrer Einführung immer wieder erhöht. Wird jedes neue Ausgabenproblem mit neuen Einnahmen gelöst, dreht sich die Steuerspirale weiter – zulasten von Konsum, Gewerbe und Arbeitsplätzen. Laut einer Studie von BAK Economics kostet die Erhöhung über zehn Jahre rund 3,6 Milliarden Franken Wirtschaftswachstum. Eine tragfähige AHV braucht eine ehrliche Gesamtstrategie, keine Salamitaktik. ●

Darum am 29. November: Nein zur neuen Dauersteuer.

Schweizer, bleibt frei: Bravo, Beat Rieder!

Ein beeindruckender Appell des Walliser Mitte-Ständerats zum EU-Vertragspaket, das die Souveränität der Schweiz ernsthaft gefährdet.

Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

In der Herbstsession 2026 behandelte der Ständerat das Dossier «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU (Bilaterale III)». Dieses Vertragspaket beendet den bisherigen bilateralen Weg der Schweiz mit der EU als Partner auf Augenhöhe und ersetzt ihn durch eine «unilaterale Einbahnstrasse von Brüssel nach Bern»! Die Schweiz ist mit diesem Vertragspaket nicht mehr gleichberechtigter Vertragspartner wie bei den Bilateralen I und II, sondern nur noch Befehlsempfänger, der die von der EU festgelegten Regeln zu befolgen hat. Lehnt die Schweiz diese Regeln ab, hat dies von Seiten der EU Sanktionen zur Folge und in jedem Fall hätte der Europäische Gerichtshof (EuGH) das letzte Wort.

Freipass für die EU

Bundesrat, Verwaltung, Medien und EU-Turbos im Parlament versuchen, dieses Vertragspaket als alternativlosen Weg für die Schweiz zu verkaufen. Mitte-Ständerat Beat Rieder hat dies in seinem lesenswerten Votum vom 28. September 2026 im Ständerat als Rechtsanwalt und Notar widerlegt. Dabei zog er nicht die Inhalte der einzelnen Sachgebiete in den Vordergrund, wie z.B. das Stromabkommen, das nun plötzlich abgetrennt werden soll, weil die EU-Turbos im Parlament berechtigterweise befürchten, dass sein Inhalt das Ganze zum Absturz bringen könnte. Dies, weil das Schweizervolk diesem Stromabkommen kaum zustimmen würde, das die Kontrolle über die Schweizer Strominfrastruktur de facto der Brüsseler EU-Diktatur unterstellt. Nein, Ständerat Beat Rieder hat richtigerweise den inakzeptablen Unsinn der Verpflichtung der Schweiz zur dynamischen Rechtsübernahme von aktuellem und zukünftigem EU-Recht ins Zentrum gestellt.

Das vom Bundesrat unterschriebene Vertragswerk verpflichtet die Schweiz zur Übernahme von zukünftig von der EU geschaffenem EU-Recht, ohne dass die Schweiz dieses mitgestalten oder mitentscheiden kann. Die Schweiz unterschreibt im Falle einer Annahme des Vertrages leere, weisse Blätter, auf die die EU später beliebige gesetzliche Regelungen schreiben kann, welche für die Schweiz verbindlich wären. Niemand – keine Privatperson, keine Firma – unterschreibt einen Vertrag, mit dem er der Gegenpartei das Recht einräumt, diesen Vertrag später mit beliebigen Regeln zu erweitern, ohne selber dazu Stellung nehmen zu können!

«Dynamische Rechtsübernahme»: ein Fremdkörper

Verträge werden mit statischem Recht unterschrieben. Das heisst, die geltenden Regeln werden abschliessend festgelegt und allfällige weitere Zusätze werden nach Bedarf in vertraglich vereinbarten Zusätzen geregelt. Beat Rieder untermauerte seine Ablehnung der dynamischen Rechtsübernahme mit der Tatsache, dass international dynamische Rechtsübernahme nirgends vereinbart wurde oder wird. Historisch erwähnte er Israel als einziges bekanntes Beispiel, welches 1948 bei seiner Gründung aus dem britischen Mandatsrecht eine Klausel übernehmen musste, wonach Israel Urteile das britischen «Common Law» anzuwenden hatte. Diese Klausel wurde Mitte der 1950er-Jahre vom Obersten Gerichtshof Israels ausser Kraft gesetzt und 1980 aufgehoben. Beat Rieder zeigte, dass die sogenannte dynamische Übernahme von EU-Recht unsere Schweizer Rechts- und Staatsordnung vollständig aushebeln würde. Richtigerweise erwähnte er zudem, dass die EU noch die Unverfrorenheit hat, von der Schweiz Kohäsionszahlungen in Milliardenhöhe zu verlangen, obwohl die EU im Handel mit der Schweiz jährlich Handelsbilanzüberschüsse in zweistelliger Milliardenhöhe erzielt! Welches Land ist so arrogant, einem Handelspartner, der ihm goldene Eier legt, solche Zwangsabgaben zu diktieren? Ist die Schweiz wirklich so dumm und naiv, sich selbst den EU-Galgenstrick umzulegen?

Erfreulicherweise regt sich Widerstand, auch aus der Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen Bundesrat und EU-Turbos das Tempo erhöhen und die Abstimmung über das Vertragspaket mit der EU noch vor den Wahlen 2027 durchpeitschen. Kürzlich hat die EMS-Chemie-Chefin, SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, in einem Interview als erfahrene Managerin eines international tätigen

KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten

Heinz Kyburz, Meilen
Präsident EDU Kanton Zürich

Bitte nicht noch mehr Bettler!

«Ich sitze künftig vor dem Dorfladen und bettle. Scheint neuerdings erlaubt zu sein. Das ist ja furchtbar! Stadtbild wie in Rumänien oder in Kabul! Kann die EDU das Thema aufgreifen?» – Mit diesen entsetzten Zeilen bat uns eine langjährige, engagierte EDU-Mitarbeiterin um Hilfe, als sie die haarsträubende Medienmitteilung des Regierungsrates las. Dieser will anstelle des allgemeinen Bettelverbotes das Betteln an bestimmten Orten zulassen. Vier Tage später hat Hans Egli (EDU) im Kantonsrat namens der SVP/EDU, FDP und der Mitte dieses unsinnige Vorhaben in einer Fraktionserklärung ausdrücklich abgelehnt. Da sich bereits vier bürgerliche Parteien gegen die Gesetzesvorlage aus der Direktion von SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr gestellt haben, sind die Chancen gross, dass sie später im Kantonsrat scheitern wird.

Auslöser für die geplante Aufhebung des allgemeinen Bettelverbotes war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus dem Jahre 2021, der den Fall einer aus Rumänien stammenden Romni beurteilte, die sich ab 2011 immer wieder in Genf aufhielt, um dort zu betteln, und dafür mit einer Busse von Fr. 500.– bestraft worden war. Da sie die Busse nicht bezahlen konnte, musste sie eine 5-tägige Haft absitzen. Dieser Entscheid wurde vom Justizhof des Kantons Genf und im Jahre 2014 auch vom Bundesgericht bestätigt, jedoch vom EGMR als eine Verletzung von Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) erachtet. Das Urteil des EGMR erinnert mich stark an das skandalöse Urteil des EGMR aus dem Jahr 2024 zugunsten der Klimaseniorinnen, wo man der Schweiz vorwarf, zu wenig für den Klimaschutz zu tun. ●

Mein Standpunkt

Jan Leitz, Dübendorf, stv. Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Das Jesus-Gebet

Wenn die Tage kürzer werden und die Adventszeit näher rückt, beginnt für viele von uns eine Zeit des Wartens, der Sehnsucht und der inneren Einkehr. Gerade dann lohnt es sich, eines kleinen und zugleich wunderbar tiefen Gebets zu gedenken:

«Herr Jesus Christus, Sohn Gottes, erbarme dich meiner, eines Sünders.»

In wenigen Worten führt uns das Jesus-Gebet mitten in das Geheimnis unseres Glaubens. «Herr Jesus Christus, Sohn Gottes» bekennt, wer vor uns steht: der verheissene Messias, wahrer Mensch und wahrer Gott. «Erbarme dich meiner» ist die schlichte Bitte eines Menschen, der weiss, dass er Gottes Gnade, Heilung und Vergebung braucht. Und mit «eines Sünders» treten wir ohne Masken vor Gott – nicht hoffnungslos, sondern im Vertrauen auf seine Barmherzigkeit.

Vielleicht liegt gerade darin die Schönheit dieses Gebets: Es braucht keine grossen Worte. Es richtet unseren Blick auf Christus und erinnert uns daran, worum es im Advent eigentlich geht – Ihm Raum zu geben und unser Herz für Sein Kommen zu öffnen.

Schluss mit Impfobligatorien und Monsterbussen!

Das Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich sieht bei Verstössen gegen das Impfobligatorium Bussen bis zu 50'000 Franken vor. Das Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz) fordert die Abschaffung dieser Strafandrohung. Die EDU Kanton Zürich trägt diese Forderung mit. Unterstützen Sie uns mit einer Flyer-Aktion direkt in die Haushalte.

Dr. Philipp Gut
Aktionsbündnis freie Schweiz

Jetzt werden die Weichen gestellt: Die Totalrevision des Zürcher Gesundheitsgesetzes bietet die Gelegenheit, das bestehende Impfobligatorium mit Monsterbussen bis zu 50'000 Franken zu streichen. Wer kann schon eine solch horrende Busse bezahlen? Für eine junge Familie, Pensionierte, Selbständige, Pflegefachleute, Lehrkräfte oder Studenten kann ein solcher Betrag existenzbedrohend sein. Im Extremfall kann bei einer nicht bezahlten Busse sogar eine Ersatzfreiheitsstrafe folgen. Damit wird aus einem formellen Impfobligatorium durch die massive Sanktionsandrohung für die Betroffenen ein faktischer Impfzwang.

Gravierender Fehler der Gesundheitsdirektion

Dabei ist der Gesundheitsdirektion erst noch ein gravierender Verfahrensfehler mit staats- und demokratiepolitischen Folgen unterlaufen: In den Unterlagen des Vernehmlassungsverfahrens fehlte ausgerechnet der Hinweis auf jene Strafbestimmung. Damit konnte die Bevölkerung zu einem der politisch brisantesten Punkte der Vorlage nicht klar Stellung beziehen, weil sie schlicht nicht korrekt informiert war.

Online-Petition und Flyer-Sponsoring

Um den politischen Druck zu erhöhen, hat die EDU zusammen mit dem Aktionsbündnis freie Schweiz die Online-Petition «Gesundheitsgesetz Kanton Zürich: Kein Impfobligatorium mit Strafbestimmung» lanciert. Ausserdem bieten wir die Möglichkeit, einen Informationsflyer zu sponsern und gezielt in Gemeinden Ihrer Wahl verteilen zu lassen. Scannen Sie dazu bitte unseren QR-Code.
Der Widerstand muss Schule machen – nicht der direkte oder indirekte Impfzwang.
Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

Das **Aktionsbündnis freie Schweiz (ABF Schweiz)** ist ein 2023 gegründeter Verein mit Sitz in Baar. Er versteht sich als Kompetenzzentrum für gesundheitspolitische Analyse, Information und politische Aktivitäten. Nach eigenen Angaben vereint das ABF Schweiz Fachpersonen und Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und wird unter anderem von einem juristischen Team und einem fachlichen Beirat unterstützt.
Inhaltlich setzt sich das ABF Schweiz insbesondere gegen die Revision des Schweizer Epidemiengesetzes, den WHO-Pandemievertrag und das Gesundheitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU ein. Dazu veröffentlicht die Organisation Analysen und Hintergrundinformationen, organisiert Veranstaltungen und führt politische Kampagnen sowie Petitionen durch. Ein zentrales Anliegen ist nach eigener Darstellung die Wahrung der staatlichen Souveränität, der Rechtsstaatlichkeit und der individuellen Selbstbestimmung. *Mehr Informationen zur Teilrevision Gesundheitsgesetz Zürich: abfschweiz.ch/gesg-zh/*

Bettelverbot

Bürgerliche stellen sich gegen Lockerung

Hans Egli, Steinmaur
EDU-Kantonsrat

Der Zürcher Regierungsrat will das allgemeine Bettelverbot aufheben und durch gezieltere Verbote ersetzen. Organisiertes, aggressives oder aufdringliches Betteln soll weiterhin verboten bleiben, ebenso Betteln mit täuschenden Methoden. An besonders sensiblen Orten sollen zusätzliche Einschränkungen möglich sein. Doch SVP/EDU, FDP und Mitte reicht das nicht. In einer gemeinsamen Fraktionserklärung im Kantonsrat machen sie deutlich: Das bisherige Bettelverbot soll bleiben.
Ihre Sorge ist einfach: Wird die Tür erst einmal geöffnet, lässt sie sich später nur schwer wieder schliessen. Die Parteien befürchten, dass mit einer Lockerung nicht in erster Linie Menschen in akuter Not profitieren, sondern organisierte Bettelstrukturen. Aus dem einzelnen Menschen, der um Hilfe bittet, könne schnell ein System werden, das öffentlichen Raum gezielt nutzt und Passanten unter Druck setzt.
Für die drei Fraktionen passt eine Lockerung auch deshalb nicht zu Zürich, weil der Kanton über ein dichtes soziales Netz verfügt. Wer in eine Notlage gerät, kann Sozialhilfe, Nothilfe und zahlreiche Angebote privater Hilfsorganisationen in Anspruch nehmen. Die Frage drängt sich für die Gegner der Vorlage deshalb auf: Weshalb soll ausgerechnet das Betteln im öffentlichen Raum erleichtert werden, wenn professionelle Hilfe längst vorhanden ist?
Die Fraktionen verweisen zudem auf die Folgen für Städte und Gemeinden. Betteln könne das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen, zu unangenehmen Situationen führen und das Ortsbild verändern. Gerade an Bahnhöfen, vor Geschäften oder an stark frequentierten Plätzen gehe es nicht nur um die Freiheit des Bettelnden, sondern ebenso um jene der Passanten. Wer unterwegs ist, einkauft oder auf den Zug wartet, soll sich frei bewegen können, ohne bedrängt zu werden – so die Argumentation.

Hintergrund der Gesetzesänderung waren fremde Richter: Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2021 (vgl. Wort des Präsidenten). Der Regierungsrat zieht daraus die Konsequenz, das Zürcher Recht differenzierter auszugestalten. Die bürgerlichen Fraktionen ziehen eine andere: Sie wollen am grundsätzlichen Verbot festhalten und Missbrauch gar nicht erst neuen Spielraum geben.

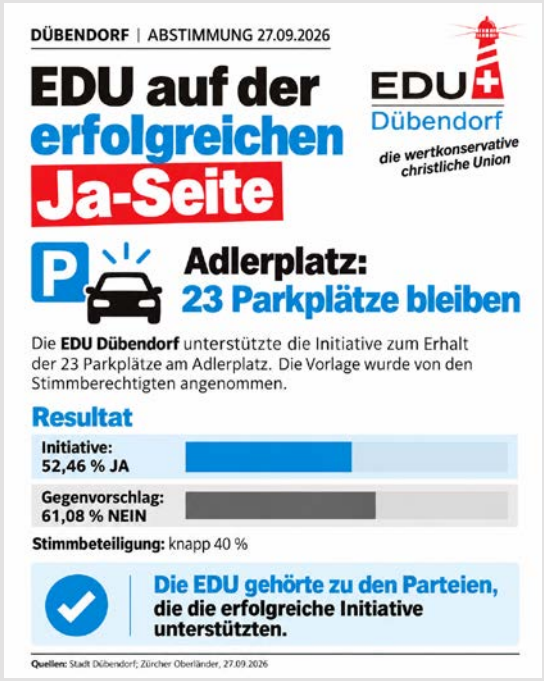
Damit geht es längst um mehr als um einige Bettelnde auf Zürcher Strassen. Die Debatte dreht sich um eine grundsätzliche Frage: Wie viel soll im öffentlichen Raum erlaubt sein – und wo braucht es klare Grenzen? SVP/EDU, FDP und Mitte haben ihre Antwort gegeben. Nun liegt der Ball beim Kantonsrat.
Genau hier verläuft die politische Bruchlinie. Die Regierung setzt auf eine gezieltere Regelung, die bürgerlichen Fraktionen fürchten eine unnötige Öffnung. Für SVP/EDU, FDP und Mitte ist klar: Not soll gelindert werden, Missbrauch aber nicht erleichtert. Ob der Kantonsrat dieser Argumentation folgt, wird sich zeigen. Sicher ist bereits jetzt: Aus einer scheinbar technischen Gesetzesrevision ist eine Grundsatzdebatte darüber geworden, wem der öffentliche Raum gehört – und wo Solidarität endet und klare Grenzen beginnen. ●

EDU Kanton Zürich AUFRECHT ZÜRICH

Liste 9

SPITZENKANDIDATEN
für die Kantonsratswahlen 2027

Affoltern: John Appenzeller, Stallikon & Susanne Tiefenthaler, Knonau. **Andelfingen**: Ueli Brugger, Humlikon & Salvador Müller, Buch a.Irchel. **Bülach**: Thomas Lamprecht, Bassersdorf (bisher) & Lukas Studiger, Bülach. **Dielsdorf**: Hans Egli, Steinmaur (bisher) & Stefan Zimmerli, Rümlang. **Limmattal (Dietikon)**: Joyce Lopes, Oberengstringen. **Hinwil**: Roger Cadonau, Wetzikon (bisher) & Manuel Denzler, Hinwil. **Horgen**: Heinz Wüthrich, Thalwil & Alexander Trachsel, Samstagern. **Meilen**: Daniel Wolf, Hombrechtikon & Benjamin Meier, Stäfa. **Pfäffikon**: Heinz Kyburz, Meilen & Samuel Amacher, Pfäffikon. **Uster**: Remko Leimbach, Kloten & Claudia Günthart, Dübendorf. **Winterthur-Land**: Urs Hans, Turbenthal & Katrin Cryer, Berg (Dägerlen). **Winterthur-Stadt**: Saymon Gonçalves, Winterthur & Jan Leitz, Dübendorf. **Stadt Zürich**: Pablo Argothy, Roland Camen, Jacqueline Hilty, Jürg Kohler, Irena Lampérth & Hans Näf.

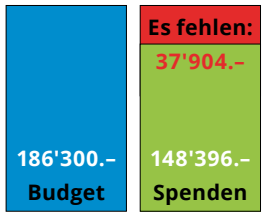


Herzlichen Dank für Ihre Spenden

Tragen auch Sie mit, damit das Budget ausgeglichen wird!

Spenden Januar bis September 26

Gemeinsam tragen wir christliche Werte in unsere Gesellschaft und setzen uns mutig für Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit ein – gegen die Auflösung der Familie, gegen Indoktrination und gefährliche internationale Verträge. **Für die kommenden Kantons- und Nationalratswahlen benötigen wir zusätzliche finanzielle Mittel – mit Ihrer Unterstützung können wir unsere Anliegen im Wahlkampf sichtbar machen und mehr Menschen erreichen.** Ihre Spende ist steuerlich abzugsfähig und stärkt unsere Stimme für Gott, Familie und Vaterland. Für Ihre Spendenbescheinigung wenden Sie sich bitte an unseren Kassier, Patrick Hüppi: patrick.hueppi@edu-zh.ch.



für Einzahlung

für TWINT

«GOTT HAT UNS NICHT GEGEBEN DEN GEIST DER FURCHT, SONDERN DER KRAFT UND DER LIEBE UND DER BESONNENHEIT.»

2. Timotheus 1,7

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern, die im November 2026 einen runden Geburtstag feiern

Eugen Jud, Langnau a.A. | Daniel Meier, Stäfa | Samuel Griner, Wettswil a.A. | Lars Nitsche-Krebs, Wolfhausen Adrian Schindler, Rümlang | Andres Kellenberger, Uster | Mauro Cadonau, Madetswil

Gebetstreffen

Bülach: Montag, 20 Uhr: 9.+23. Nov., 14. Dez. | Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch | Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach | Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93 **Effretikon:** Mittwoch, 20 Uhr: 18. Nov. | FEG Effretikon, Vogelsangstrasse 9, 8307 Effretikon | Info: Peter Häni, peschae@haenirep.ch **Männedorf:** Mittwoch, 9:30 Uhr: 4.+18. Nov., 9.+23. Dez. | Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf | Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43 **Mettmenstetten:** Mittwoch, 19:15 Uhr: 18. Nov., 16. Dez. | Grundrebenstrasse 74, Mettmenstetten | Info: Hanspeter Kümin, 044 784 89 28 **Rüti:** Donnerstag, 20 Uhr: 5. Nov., 3. Dez. | ETG Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti | Info: Maya Gustavs, 079 714 71 14 **Tösstal:** Dienstag, 9:30 Uhr: 10. Nov., 8. Dez. | Hohmattring 23 F, 8488 Turbenthal | Info: Ruth Bättig, 052 385 22 72 **Uster:** Freitag, 19 Uhr: 27. Nov. | FMG Uster, Freiestr. 33, 8610 Uster | Info: Christian Bosshart, 076 375 14 32 **Wädenswil:** Freitag, 19:30 Uhr: 13. Nov., 11. Dez. | Sennhus 4, 8820 Wädenswil | Info: Berti Stocker, 044 781 20 42 **Zürich:** Mittwoch, 17:30–18:30 Uhr: 11. Nov., 9. Dez. | Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, 2. Stock, 8001 Zürich | Info: Thérèse Nyffenegger, therese-m@bluewin.ch

Impressum: **EDU Kanton Zürich,** Am Wasser 26, 8600 Dübendorf, 052 222 42 61, info@edu-zh.ch **Redaktion:** Jan Leitz **Gestaltung:** Lukas Frey

Jetzt Aufklärungs-Video anschauen und weiterverbreiten!

Unternehmens zu diesem Vertragswerk eindrücklich Stellung genommen und dabei erwähnt, dass ihre europäischen Geschäftspartner sie eindringlich bitten, diese EU-Einbindung auf keinen Fall zu akzeptieren. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass am 29. August 2025 die Volksinitiative «Für eine direktdemokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft (Kompass-Initiative)» mit 111'422 gültigen Unterschriften eingereicht werden konnte. Sie verlangt die Unterstellung von völkerrechtlichen Verträgen unter das obligatorische Referendum mit doppeltem Mehr von Volk und Ständen. Eigentlich müsste der Bundesrat diese Initiative noch vor der Abstimmung über den EU-Vertrag vors Volk bringen. Aber er will das nicht und empfiehlt Parlament und Volk die Ablehnung der Kompass-Initiative. Sie wurde nicht von der SVP, sondern von einem Initiativkomitee mit namhaften Wirtschaftsgrössen wie Alfred Gantner und Urs Wietlisbach, beide Finanzunternehmer, lanciert, die Erfahrung mit weltweiten Handelsbeziehungen inkl. EU haben.

Unsere Regierung, das Parlament und das Volk benötigen die aktive Fürbitte der Christen, damit erkannt wird, welche verheerende Falle hinter diesem Vertrag mit der EU steckt! ●

Gebetsaufruf der EDU Schweiz: Gefährliche EU-Verträge abwehren!

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde und Sympathisanten der EDU

Auf unser Land kommen entscheidende Wochen zu. Denken wir an alle Nationalräte und Nationalrätinnen, die sich in der kommenden Winter-Session mit dem EU-Vertragswerk auseinandersetzen müssen. Auf sie kommt ein gewaltiger Druck zu. Stärken wir sie! Auch im Gebet, damit sie diesem Druck standhalten und stabil für unsere Schweiz einstehen.

Beten wir auch um Mut und Weisheit für alle, die zur freien Schweiz stehen. Stärken wir sie, damit sie Widerstand leisten können und damit es uns gelingt, Unheil von unserem Land abzuwenden. Nehmen wir diese Bedrohung für unsere Freiheit und Unabhängigkeit auch in unsere Gebetsanliegen auf. Möge uns Gott beistehen im bevorstehenden Ringen um die Zukunft unseres Landes.

Geschäftsleitung der EDU Schweiz

«Ich gehe Döner»

Viele Schulabgänger sind heute ungenügend auf eine Berufslehre vorbereitet. Besonders das Leseverständnis bereitet Sorgen. Wer einen Text zwar lesen, seinen Inhalt aber nicht verstehen kann, hat nicht nur in der Schule ein Problem. Er wird es auch im Berufsleben haben.

Jürg Roth, Präsident EDU Kanton Luzern

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Dazu gehören gesellschaftliche Veränderungen, die Digitalisierung, das Elternhaus – und auch die Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft. Kinder kommen mit sehr unterschiedlichen sprachlichen Voraussetzungen und Vorstellungen von Schule in unsere Klassenzimmer. Manche beherrschen beim Schuleintritt die Unterrichtssprache kaum. Lehrpersonen berichten von Kindern, denen selbst elementare Fertigkeiten fehlen. Dabei geht es nicht darum, eine Religion oder eine Nationalität verantwortlich zu machen. Bildungsferne gibt es unter Einheimischen ebenso wie unter Zugewanderten. Aber wir dürfen aus Angst vor einer unbequemen Diskussion auch nicht verschweigen, dass Sprache, kulturelle Prägung und die Einstellung des Elternhauses zu Schule, Autorität und Leistung einen Einfluss haben.

Integration wirkt zudem nicht nur in eine Richtung. Auch Schweizer Kinder passen ihre Sprache und ihr Verhalten ihrem Umfeld an. Sie wollen dazugehören und nicht als Aussenseiter oder Streber gelten. Die Tochter einer Literaturprofessorin kommt nach Hause und sagt plötzlich nicht mehr: «Ich gehe einen Döner essen.» Sie sagt: «Ich gehe Döner.»

In der Preschool (Vorschule) sitzen bis zu 100 Vier- bis Fünfjährige zusammen.

Man kann darüber lachen. Man sollte aber auch darüber nachdenken. Denn Sprache ist weit mehr als korrekte Grammatik. Sprache ermöglicht differenziertes Denken. Ein grosser Wortschatz erlaubt es uns, Zusammenhänge zu verstehen, Gedanken zu formulieren, Argumente abzuwägen und die Welt präzise zu beschreiben. Wer Sprache verliert, verliert deshalb nicht bloss ein paar Wörter.

Ein Blick «über den Gartenhag»

Ich habe viele Jahre in Südafrika gelebt und dort ein Schulsystem erlebt, das unter Bedingungen funktionieren muss, die wir uns in der Schweiz kaum vorstellen können. In manchen Schulen sitzen 70 und mehr Kinder in einer Klasse. Es fehlen Schulbücher, Schreibmaterial und Infrastruktur. Gebäude sind marode. Korruption, soziale Ungleichheit und chronische Unterfinanzierung verschärfen die Situation zusätzlich.

Die Folgen sind dramatisch. Beim internationalen Lesetest PIRLS 2021 erreichten 81 % der südafrikanischen Viertklässler nicht das grundlegende Niveau des sinnentnehmenden Lesens. Auch internationale Mathematik- und Naturwissenschaftstests zeigen grosse Defizite. Südafrika ist also ganz bestimmt kein Bildungsparadies. Und trotzdem habe ich dort etwas erlebt, das mich bis heute beschäftigt: Viele Kinder wollen lernen. Sie sind wissensdurstig. Schule bedeutet für sie eine Chance, ihrem Leben eine andere Richtung zu geben.

Lesen. Schreiben. Rechnen. Diese Grundkompetenzen haben Gewicht. Gleichzeitig spielen Disziplin, Ordnung und ein verbindlicher Rahmen in vielen südafrikanischen Schulen eine grössere Rolle, als wir es uns in der Schweiz gewohnt sind. Schuluniformen gehören zum Alltag. Markenklamotten und Statussymbole verschwinden damit zumindest äusserlich aus dem Klassenzimmer. Lehrpersonen werden vielerorts noch selbstverständlich als Autoritätspersonen wahrgenommen. Regeln gelten, und wer sie missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen.

Manches davon wäre für die Schweiz weder sinnvoll noch wünschenswert. Schule darf kein Kasernenhof sein. Drill allein schafft keine Bildung. Und

selbstverständlich gibt es auch in Südafrika enorme Probleme mit Disziplin, Gewalt und Schulversagen. Aber vielleicht haben wir in der Schweiz das Pendel teilweise zu weit in die andere Richtung ausschlagen lassen.

Zwei Länder – zwei völlig unterschiedliche Voraussetzungen

Bemerkenswert ist der finanzielle Vergleich. Die Schweiz leistet sich eines der teuersten Bildungssysteme der Welt. Pro Schüler werden kaufkraftbereinigt rund 21'000 US-Dollar jährlich aufgewendet. Südafrika verfügt pro Schüler nur über einen Bruchteil dieser Mittel. Gemessen an seiner Wirtschaftsleistung investiert Südafrika dennoch beträchtliche Summen in die Bildung.

Das zeigt etwas Entscheidendes: Geld allein erklärt weder Bildungserfolg noch Bildungsversagen. Südafrika zeigt allerdings auch die Kehrseite. Ich habe erlebt, was geschieht, wenn staatliche Schulen aufgrund von Misswirtschaft, Korruption und fehlenden Ressourcen ihre Aufgabe immer weniger erfüllen können. Dann entscheidet plötzlich das Einkommen der Eltern darüber, ob ein Kind eine gute Privatschule besuchen kann – und damit erheblich bessere Chancen für seine Zukunft erhält. Die Schweiz ist von solchen Zuständen weit entfernt. Aber gerade deshalb sollten wir genauer hinschauen.

Auch die Schweiz hat ein Problem

Die Schweiz gehört bei PISA weiterhin zu den überdurchschnittlichen Ländern. Vor allem in Mathematik schneiden Schweizer Jugendliche international gut ab. Doch die Entwicklung gibt Anlass zur Sorge. Bei PISA 2022 erreichte rund jeder vierte Schweizer 15-Jährige beim Lesen das grundlegende Kompetenzniveau 2 nicht. Zwischen 2012 und 2022 gingen die Leistungen in Mathematik und Lesen zudem deutlich zurück. Das sollte uns beschäftigen. Denn die Schweiz kann sich nicht damit zufriedengeben, international noch immer vergleichsweise gut dazustehen. Entscheidend ist nicht, ob andere Länder schlechter sind. Entscheidend ist, ob unsere Kinder am Ende ihrer Schulzeit ausreichend lesen, schreiben und rechnen können.

Was muss sich ändern?

Wir müssen früher ansetzen. Kinder, welche die Unterrichtssprache beim Eintritt in den Kindergarten oder in die Schule nicht ausreichend beherrschen, brauchen konsequente und intensive Sprachförderung. Nicht irgendwann, sondern sofort. Das gilt unabhängig davon, ob ihre Eltern aus der Schweiz, Portugal, Eritrea, Deutschland, Kosovo oder Syrien stammen. Denn ohne Sprache funktioniert beinahe alles andere nicht. Gleichzeitig

Die Ärmsten der Armen haben nicht genügend Geld für Schuluniformen (die müssen sie selber berappen), geschweige denn für Stühle, Bänke oder Lehrmaterial.

müssen Lesen, Schreiben und Rechnen wieder konsequent ins Zentrum der ersten Schuljahre rücken: Tägliches Lesen. Texte verstehen. Regelmässig selbst schreiben. Rechtschreibung lernen. Kopfrechnen. Einmaleins. Grundrechenarten.

Digitale Kompetenz ist wichtig. Ein Tablet ersetzt aber weder einen Wortschatz noch das Einmaleins. Schwächen müssen zudem früh erkannt werden. Wenn ein Kind in der Primarschule beim Lesen oder Rechnen zurückfällt, darf man nicht warten, bis die Rückstände in der Oberstufe kaum mehr aufzuholen sind. Dazu braucht es regelmässige Lernstandskontrollen und gezielte Förderung. Es braucht aber auch wieder mehr Ruhe und Verbindlichkeit im Klassenzimmer. Lehrpersonen müssen unterrichten können. Wer den Unterricht ständig stört, beeinträchtigt nicht nur seinen eigenen Lernerfolg, sondern den einer ganzen Klasse.

Klare Regeln und Konsequenzen stehen nicht im Widerspruch zu einer menschlichen Schule. Auch die Eltern gehören in die Verantwortung. Vorlesen, Bücher, Hausaufgaben, genügend Schlaf, Pünktlichkeit und regelmässiger Schulbesuch können nicht vollständig an den Staat delegiert werden. Und schliesslich dürfen wir bei aller notwendigen Förderung der Schwächeren die leistungsstarken Kinder nicht vergessen. Fördern bedeutet nicht, von allen dasselbe zu verlangen. Es bedeutet, jedem Kind möglichst viel zuzutrauen.

Zurück zum Kern

Vielleicht braucht die Schweizer Schule deshalb nicht in erster Linie die nächste grosse Reform. Vielleicht braucht sie eine Rückbesinnung auf ihren eigentlichen Auftrag. ●

WHO-Standards sind alles andere als kindgerecht!

Experten wollen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen die Grundlagen für die sogenannte ganzheitliche und europaweite Sexualaufklärung der Kinder erarbeitet haben (2011). Doch diese fehlgeleitete Sexualpädagogik kommt einer Frühsexualisierung gleich und spielt Tätern in die Hände.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Die nicht altersgerechten Zumutungen für Kinder gründen auf der Behauptung, sie seien von Geburt an sexuelle Wesen. Ist es wünschenswert, dass Erwachsene Kinder von klein auf an zu sexuellen Aktivitäten anleiten und deren «lustbringende Funktion» fördern? Werden solche Kinder noch Nein sagen zu sexuellem Umgang mit Erwachsenen, wenn diese ihnen sympathisch sind und sie schon früh mit Erwachsenensexualität vertraut gemacht wurden? Dabei überfordert die den Kindern übergebene, verfrühte Verantwortung für eigene Entscheidungen in diesem Bereich. Die Anleitungen der WHO sollen dem Schutz vor sexuellen Übergriffen dienen, dürften jedoch das Gegenteil bewirken!

«Kinderschutz Schweiz»

Gemäss «Kinderschutz Schweiz» erlebt jedes siebte Kind sexuelle Gewalt mit Körperkontakt durch Erwachsene oder ältere Kinder. Nach dem Strafgesetzbuch ist jede sexuelle Handlung vor, an und mit Kindern unter 16 Jahren strafbar. Ob ein Kind eingewilligt hat oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Für jeden betroffenen jungen Menschen bedeutet es grosses Leid und einen schwerwiegenden Eingriff in die sexuelle Integrität und die gesunde Entwicklung. Diese Einschätzung ist richtig. Jedoch sind die empfohlenen Präventionsmassnahmen alles andere als nachvollziehbar. Leider ist auch die Organisation «Kinderschutz Schweiz» Mitglied in der «Allianz für Sexualaufklärung». Diese Allianz will die europäischen Standards der WHO «für eine ganzheitliche Sexualaufklärung» verbreiten und alle Organisationen, die dazu in der Schweiz beitragen könnten, vernetzen. Dazu gehören unter anderem Kinderärzte Schweiz, Pro Familia Schweiz, Pro Juventute Schweiz, Schweizerischer Fachverband Mütter- und Väterberatung, Lehrerverband Schweiz und der Schweizerische Hebammenverband.

Prävention nach WHO-Standards

Kinder sollen anhand der WHO-Standards lernen, dass der Körper ihnen gehört, sie ihrem Gefühl vertrauen können, weil sie gute, schlechte und komische Berührungen kennen. Sie sollen bewusst nein sagen können, ja das Recht haben, nein zu sagen. Kinder sollen zudem zwischen guten und schlechten Geheimnissen unterscheiden können und sich mutig Hilfe holen können. Auch sollen sie von Schuldgefühlen befreit werden. Das tönt gut, würde man meinen. Doch wird damit die Verantwortung auf die Kinder übertragen. Und mittels gewollter «Doktorspiele», verfrühtem «Vertrautmachen» mit diversen Sexualpraktiken und sogenannter Diversität wird der Kompass für gut und schlecht durcheinandergebracht. Gefühle und Einschätzungen werden fehlgeleitet. Denn es ist eine völlige Überforderung für Kinder, wenn sie schon mit sechs bis neun Jahren «mit Sex in den Medien umgehen können» sollen. Und Neun- bis Zwölfjährige sollen erste sexuelle Erfahrungen sammeln und dabei für sich und andere Verantwortung übernehmen für sichere und angenehme sexuelle Erfahrungen. In diesem Alter sollten solche Erfahrungen noch kein Thema sein. Im Gegenteil: Erwachsene sollten Kinder davor schützen!

Was gelten müsste:

Die sexuelle Entwicklung des Kindes muss nicht gefördert werden. Kinder haben ein Recht auf eine ungestörte Kindheit und Kleinkindzeit ohne abstossende sexuelle Aufklärungsprogramme. Es reicht, wenn Fragen durch Bezugspersonen altersgerecht beantwortet werden. Bis zur Oberstufe soll Missbrauchsprävention als umfassendes Thema ohne Bezug zur Sexualität thematisiert werden. Natürliche Schutzmechanismen und das gesunde Schamgefühl werden gewahrt durch altersgerechte Informationen ohne verfrühte Konfrontationen mit – teilweise abartiger – Sexualität. Schliesslich ist die beste Prävention, wenn Kinder lernen, die Menschen zu achten, aber nicht geprägt werden, alles gut zu finden, was andere machen! ●

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

Am Montag, 7. September 2026, reisten die Sektionen der EDU Basel-Stadt, EDU Basel-Landschaft und EDU Biel voller Vorfreude nach Bern, um das geschichtsträchtige Bundeshaus zu besuchen. Nationalrat Erich Vontobel führte die Gruppe persönlich durch das beeindruckende Gebäude und zeigte ihr unter anderem den Ständerats- und den Nationalratssaal. Ein besonderer Moment war es, als die Teilnehmer auf den Sitzen der Nationalräte Platz nehmen durften.

Spontan entstand in der Gruppe der Wunsch, im Nationalratssaal das «Unser Vater» zu beten. Erich Vontobel meinte berührt: «Bis jetzt kam noch keine Gruppe mit diesem Anliegen auf mich zu.» Gemeinsam standen wir auf und beteten. Es war ein tief bewegender Moment, in dem Gottes Gegenwart spürbar war – getragen von der Gewissheit, dass dieses Gebet bleibenden Segen hinterlässt.

Ein weiterer Höhepunkt war das einstündige Treffen mit Ronen Medzini, dem stellvertretenden Botschafter Israels für die Schweiz, und seiner kompetenten Übersetzerin Salome Kornfeld. In sehr offener Atmosphäre, ohne jedes Wort auf die Goldwaage legen zu müssen, gab er uns wertvolle Einblicke. In der anschliessenden Fragerunde wurden wichtige Themen vertieft. Einmal mehr wurde uns bewusst: Wer Israel segnet, ist gesegnet. Auch Erich Vontobel erweist sich hierbei als Brückenbauer und Segen für die Verbindung zwischen Israel und der Schweiz.

Dass die Reise in dieser Form stattfinden konnte, grenzt an ein kleines Wunder: Im Vorfeld waren wir nur eine kleine Gruppe. Erich Vontobel hatte uns ermutigt, das Ziel von 50 Personen anzustreben. Beim EDU-Gebetstreffen im Mai in Olten erhielten wir die Zusage: «Von Tag zu Tag kommen Menschen hinzu.» Dies bewahrheitete sich eins zu eins, sodass wir schliesslich fast 50 Teilnehmer waren.

EDU-Sektionen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Biel

Die EDU-Nationalräte Andreas Gafner und Erich Vontobel empfangen gerne Besuchergruppen aus den Sektionen der EDU im Bundeshaus. Für Anfragen kontaktieren Sie unsere Nationalräte am besten direkt: erich.vontobel@parl.ch oder andreas.gafner@parl.ch.

EDU-Wahlerfolg in der Stadt Zug

Liebe Zugerinnen und Zuger, liebe EDU-Freunde

Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen vom 4. Oktober 2026 wurden die Mitglieder des Grossen Gemeinderates (Stadtparlament) der Stadt Zug für die Legislaturperiode 2027–2030 neu gewählt. Dank der vielen Stimmen, die für die Liste der SVP abgegeben wurden, konnte sie ihre Sitzzahl von sieben auf neun erhöhen und zwei Sitze hinzugewinnen.

Da Adrian Risi, Gregor Bruhin und eine weitere Gewählte ihre Wahl nicht angenommen haben, rücke ich mit 2'842 Stimmen als nächstfolgende Ersatzperson von Platz 12 auf den 9. Platz nach. Am 14. Oktober 2026 habe ich meine Wahlannahmeerklärung bei der Stadtkanzlei Zug eingereicht und nehme damit das Mandat als Mitglied des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug an. Ich werde dieses Amt innerhalb der SVP-Fraktion als EDU-Präsident des Kantons Zug ausüben.

Ich möchte Gott alle Ehre geben und mich von Herzen bei meinen EDU- und SVP-Freunden sowie bei allen Zuger Wählerinnen und Wählern bedanken, die mir am 4. Oktober ihre Stimme gegeben und mir damit ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Für dieses Vertrauen und die wertvolle Unterstützung bin ich sehr dankbar. Ich freue mich darauf, mich mit Verantwortung und Überzeugung für die Anliegen der Stadt Zug und ihrer Bevölkerung einzusetzen.

Thomas John, Präsident EDU Kanton Zug

Die Endzeit-Technik ist da

Bereits 2030 wird auch in der Schweiz die Telekommunikation der Stufe 6 G eingeführt. Das ist ein technischer Quantensprung, durch den u.a. die Überwachung der Menschen durch Wände hindurch oder implantierte Chips, von denen die Bibel im Buch der Offenbarung spricht, möglich wird.

Christian Wider

Der von weltweit tätigen Globalisten forcierte Transhumanismus (Verschmelzung der Technik mit der Biologie) treibt immer mehr Blüten: Bis 2030 soll auch in der Schweiz in der Telekommunikation der Ausbau von der 5-G- zur 6-G-Stufe erfolgen.

Warum ein Riesenschritt?

Die Stufe 6 G der Telekommunikation ist deshalb ein Riesenschritt, weil durch sie die Verquickung der bisher separat laufenden Technikbereiche Telekommunikation, Sensorik, KI und Implantate miteinander möglich gemacht wird. Die Stufe 6 G der Telekommunikation wird die Verschmelzung der physischen mit der digitalen und biologischen Welt sein! Neue Terahertz-Frequenzen (ab 100 GHz) werden gigantische Datenmengen verschieben, Funkwellen können die Umgebung wie ein Radar abtasten, KI wird ganze Prozesse selbständig steuern, die Nutzung wird durch globale Satellitennetze realisiert.

Ungeahnte Möglichkeiten

Zunächst werden – wie immer – die positiven Seiten dieser neuen Technologie betont, etwa im Bereich der Gehirnchip-Implantate. So genehmigte China im laufenden Jahr als erstes Land ein Brain-Computer-Interface-Medizinprodukt für die kommerzielle Nutzung. Es handelt sich um ein System, das querschnittgelähmten Patienten helfen soll und drahtlose Elektroden im Gehirn verwendet. Peking hat diesen Bereich zu einer strategischen Zukunftsindustrie erklärt. Auch in den USA geschieht Ähnliches, wenn Unternehmen wie Neuralink an vergleichbaren Schnittstellen zwischen Biologie und Technik arbeiten. Auch möglich wird etwa die holografische Kommunikation: dreidimensionale Projektionen von Menschen statt flacher Video-Anrufe. Und vieles mehr.

Und die Strahlung?

Dabei wird unter anderem oft ausgeblendet, dass die neue Technik und vor allem ihr Einfluss auf den Menschen nicht besonders lange erforscht und untersucht wurden! Eine 2023 in «iScience» veröffentlichte Laborstudie setzte menschliche und tierische neuronale Zellen einer Terahertz-Strahlung aus. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass beim Menschen eine Beeinträchtigung der Zellvermehrung sowie DNA-Schäden auftraten. Die Frage bleibt: Wie lange und umfassend wird die Langzeitsicherheit geprüft, bevor solche Systeme flächendeckend bewilligt und eingeführt werden?

Durch die neue 6-G-Technologie aber wird möglich – und das ist das Auffällige –, was das Buch der Offenbarung schon jahrhundertelang bezeugt, dass es am Ende der Tage kommen wird: die weltweite, totale Überwachung jedes Individuums dieses Planeten und seiner Aktivitäten per implantiertem Chip... ●

Zu weiteren Projekten der Globalisten: www.pray-for-globalists.org

Schweizer Schurwoll-Duvet

- **warm im Winter**
- **kühl im Sommer**
- **temperaturregulierend**
- **feuchtigkeitsausgleichend**

Seit 40 Jahren sind wir als Familie als Wollspezialisten für Sie am Ball. Wir verarbeiten das wunderbare Naturprodukt „Schafwolle" und fertigen Bettdecken in allen Grössen.
In unserem Laden finden Sie alles, was Sie sich aus Wolle vorstellen können: Filzwolle, Wollteppiche und eine grosse Auswahl an Kleidern aus Wolle.

Spycher-Handwerk AG
Schaukarderei / Wollparadies

www.kamele.ch
062 962 11 52

Bestellen Sie online oder besuchen Sie uns direkt in Huttwil BE

IDEA SONDERSEITEN

Für uns selbstverständlich.
Für andere lebensgefährlich: an Jesus glauben.

Berichte über bedrängte Christen und ihren Glauben. Mit Beiträgen von AVC, CSI, HMK, Licht im Osten und Open Doors.

Zum Weitergeben in Gemeinden und Hauskreisen.

Zusätzliche IDEA-Exemplare bestellen
Ab 28. Oktober 2026 · CHF 2.–/Exemplar zzgl. Versandkosten

ideaschweiz.ch/verfolgung
abo@ideaschweiz.ch

Warum macht ihr uns kaputt?

Mit (galgen-)humorvollen Wortspielen, bissiger Ironie, beissendem Spott und markigen Sprüchen kritisiert Peter Hahne die aktuelle Politik in Deutschland.

Peter Hahne. Warum macht ihr uns kaputt? Wie wir unsere Zukunft verspielen. München: Langen Müller Verlag, 2026. ISBN 978-3-7844-3758-3.

Anhand von vielen Beispielen wendet sich der Autor gegen die Islamisierung (vgl. S. 32), die Gendersprache (vgl. S. 65), den Bürokratie-Dschungel (vgl. S. 55), den Sozialismus (vgl. S. 88), die 1968er-Revolution und deren antiautoritäre Erziehung (vgl. S. 90), die Massenzuwanderung (vgl. S. 91), die Corona-Zwangsmassnahmen (vgl. S. 106) sowie den Paternalismus (vgl. S. 121). Auf Grundlage christlicher Werte nennt er als konkrete Lösungsansätze: «Bildung, Erfindungen, Kernenergie, Mittelstand» (S. 72-73), die Abspeckung des Staates (vgl. S. 123), Bargeld als gelebte Freiheit (S. 81) sowie die Umkehr zu Gott (vgl. S. 140).

Eine wichtige Kampfschrift auch für Österreich und unsere geliebte Schweiz: «Es ist die Bereitschaft zur Reue nötig. Fehler einzugestehen und wiedergutzumachen.»

Pfarrer Michael Freiburghaus, YouTube: @Michael-Freiburghaus

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Olivenöl Tura 0.5 l. CHF 19.– und weitere Grössen. Wir sind Direktimporteur. Kaufen Sie nicht bei überteuerten Händlern. **Dattelkönigin Super Juicy** in Bioqualität jetzt 450 g für CHF 17.–. 2 kg Datteln, halbtrocken, nur CHF 35.–. Tickets für unseren Stand Weinmesse Basel.
K: 077 434 44 73, www.isratrade.ch

Kalender 2027 mit Bibelversen und Wandbildern im Angebot. Ich bin regelmässig in den Bergen unterwegs, um die Schönheit der Schweizer Natur mit meiner Kamera festzuhalten. Mein Kalender mit passenden Bibelversen sowie schöne Wandbilder können unter www.danielhugphotography.ch bestellt werden.

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.–, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Besinnliche Wintertage am Thunersee! Studio in Gunten, Nähe Solbad/Skigebiet Niederhorn; Südbalkon, AEH, Privatpark, ÖV 2 Min.; CHF 450.–/Wo. K: 079 411 00 10, sii-am-see@bluewin.ch

3.5-Zi.-Wohnung am Thunersee. Exklusive, helle 3.5-Zi.-Dachwohnung mit Seesicht und Alpenpanorama, 80 m² an ruhiger Lage in Hünibach (Thun). 2025 totalsaniert. PP auf Anfrage. CHF 2'300.– + 200.– NK. K: info@casahelvetica.ch

Meer und Sonne in Spanien geniessen. Neue, modern eingerichtete 3-Zi.-Ferienwohnung mit zwei Badezimmern, Nähe Alicante. Herrlicher Blick aufs Meer von Balkon und Terrasse mit eigenem Whirlpool. Whg an erhöhter Lage in Überbauung mit Pool. Einkauf und Strand in Gehdistanz. Infos: www.ga22.ch, 079 751 04 57

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

PARTNERSUCHE

Ich bin eine positive, wiedergeborene Christin (noch 71-j.), offen für Neues und EDU-begeistert. Vielleicht hast du auch genug davon, allein oder in Gruppen unterwegs zu sein – beim Wandern, E-Biken, Gärtnern, Pläneschmieden und Abende geniessen –, und möchtest gerne als Trio mit Jesus weiterwachsen. Ich suche einen Mann nach dem Herzen Gottes. Tel. 078 718 87 44

VERSCHENKEN

Was ich als Schweizergardist erlebt habe und wie ich Christ geworden bin, habe ich im **Taschenbuch «Wir suchten die Wahrheit»** aufgeschrieben, welches ich gerne allen Interessierten verschenke und kostenlos zuschicke. K: Bernhard Dura, Julierweg 5, 7000 Chur, 081 284 16 60 dura@fitundheil.ch

Die EDU lädt ein

Würenlos AG: jeden zweiten Montag im Monat, 19.00–20.30 Uhr, Lättenstrasse 8: EDU-Gebet für die Nation bei M. Suter. K: 079 825 44 05

Heiden AR: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf ZH: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30–10.00 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel BE: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon ZH: jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Silbern Church, Riedstrasse 3: Gebet für Israel und die Nationen. K: www.israel-gebetstreffen.ch

Herisau AR: EDU-Fürbittegebet, jeden letzten Sonntag im Monat nach dem Vineyard-GD ab 12.00 Uhr. K: E. Winteler, 077 253 14 49

Brugg AG: 19.30–20.30 Uhr: Gebetsabend für die EDU, jeweils am letzten Mittwoch im Monat, Tel. 079 635 89 17

9./23.11. Bülach ZH: 20.00–21.00 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

13.11. Eschlikon TG: ab 19.30 Uhr, Rest. Post, Bahnhofstrasse 7: EDU-Treff. Keine Anmeldung – einfach dabei sein. K: www.edu-tg.ch

13.11. Schöftland AG: 19.30 Uhr, Feldackerstrasse 7: EDU-Gebetsabend. Tel. 079 864 41 96

14.11. Wattwil SG: 9.30 Uhr, Restaurant National, Näppisuelistrasse 10: Mitgliederversammlung der EDU Toggenburg. Anschliessend Vortrag von David Reichmuth zu «Zwischen Heilpflanze und Gesetz – hat die Naturheilkunde eine Zukunft?». K: www.edu-sg.ch

19.11. Schaffhausen: 20.00 Uhr, Gebet. Infos: www.edu-sh.ch

4.12. Schaffhausen: Froher und feiner Adventshöck für alle! Siehe edu-sh.ch

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg
9.–13.11. Weiterbildung: «Einführung Evangelistik», mit Lutz Scheufler
13.–15.11. Frauenwochenende: «Frauen nach Gottes Herzen»
K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Kontakt:
Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. **Inhaber eines Silbergranulat-Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.**

QR-Code für Twint-Spenden:

STANDPUNKT
Christlich-politische Monatszeitschrift

Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen: newsletter@edu-schweiz.ch

Scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm.

Der «EDU-Standpunkt» 12/2026 wird am 23. November 2026 versendet.

Redaktionsschluss:
6. November 2026
Druck: 18. Nov. 2026

Talon

☐ ABONNEMENT ☐ PROBENUMMERN
Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

☐ GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach, 3601 Thun Aarezentrum

EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Impressum

Herausgeber / Redaktion
EDU-Standpunkt
Postfach 1011
3601 Thun Aarezentrum

Administration und Adressmutationen
033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen
(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)
033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion
redaktion@edu-schweiz.ch

Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
Bruno Zürcher, Karin Hirschi, Lisa Leisi

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout
Harold Salzmann

Druck und Spedition
Jordi AG, Belp

Fotos
Titelseite: Adobe Stock
5, 6, 16: Adobe Stock
19: zvg / Facebook
Kopfbilder, 3, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 17: zvg

45. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 19 100 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
3600 Thun
www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement
nur CHF 30.– / 25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,6 % MWST)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!
info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE
Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das werteorientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Frankreich 2026

SCHLUSS PUNKT

Frankreich: Auch heute wieder suchten französische Schüler verzweifelt in Ladenlokalen und Einkaufszentren nach besseren Schulbüchern und Heften. Fündig wurden sie auch bei sorgfältigen Durchsuchungen von Passanten, Einkaufszentren, Synagogen und bei jüdischen Ladenbesitzern, die ihnen bereitwillig ihr Inventar zur Verfügung stellten. Vereinzelt kam es zu Unstimmigkeiten mit der Polizei, nachdem sich einzelne Schüler-Gruppen verlaufen hatten und verhaftet wurden, obwohl sie nur nach dem Weg nach Hause fragten. Präsident Macron forderte die Bevölkerung auf, nicht voreilige Schlüsse zu ziehen und keine unhaltbaren Vorverurteilungen anhand von Hautfarbe und oder Religion vorzunehmen angesichts brennender Autos, Rathäuser und Markthallen, es werde geprüft, ob russische Agenten hinter den Anschlägen stecken.

Ironischer (aber treffender!) Kommentar der Autorin Birgit Kelle auf Facebook (19. Oktober 2026), Quelle: www.facebook.com/birgit.kelle.3

BB Wertmetall®
Gut zu haben.

Erspartes sichern und mehren.

Mit physischem Silber Werte bewahren: S-Deposito

Mit dem S-Deposito investieren Sie in 100 % physisches Silbergranulat, das in einem Schweizer Zollfreilager vollumfänglich versichert gelagert wird. Jeder Silberkauf ist von der Mehrwertsteuer befreit. Durch die Möglichkeit von kostenfreien täglichen Ein- und Auszahlungen bleiben Sie jederzeit flexibel.

s-deposito.swiss | +41 62 892 48 48 | contact@bb-wertmetall.ch

aktion weihnachts päckli

Beschenken Sie notleidende Menschen in Osteuropa. Packen Sie ein Päckli und geben Sie es bei einer der 500 Sammelstellen ab.
www.weihnachtspäckli.ch

Machen Sie mit!

Sammelschluss
21. November 2026
weihnachtspäckli.ch

Aktion Weihnachtspäckli
Bodengasse 14, 3076 Worb
IBAN CH74 0900 0000 3022 2249 0

CORVUS FIDES
TREUHAND
REVISION
STEUERN
corvus-fides.ch

Israel liebende Familie
SUCHT
Wohnung oder Haus
in Israel zu kaufen
079 783 98 28
israel-freunde@gmx.ch

eljah

Ihr Geschenk

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Erspartes den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!
Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

TALEM COFFEE
Sinnvoller Kaffeegenuss aus Äthiopien
Feinster Bohnenkaffee
079 737 65 10
kafi@talem.ch | www.talem.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

Die grosse Geschichte des Vaters
Für alle, die es wissen wollen!
Wer weiss, kann wählen.
Wer nicht, hat schon.
Alles hier:
Website: www.ARCHA.ch
Telegram: Die grosse Geschichte des Vaters

zubi
Dein Sport- und Freizeitanbieter.

Los Lorentes
Residences
loslorentes.com

GTA TREUHAND
Buchführung
Steuerberatung
Lohnadministration
Startups
www.gta-treuhand.ch

Huwa
seit 1911
www.huwa.ch | 062 773 11 70
Zetzwilerstrasse 694 | 5728 Gontenschwil
Follow us on social media!

Christlicher Hilfsbund im Orient
Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.
www.hilfsbund.ch

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

B E. + W. BERTSCHI AG
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch